



Foto: Laurence Chaperon

USA-BESUCH

Im deutschen Interesse

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel setzte sich bei ihrer fünftägigen Reise in die USA dafür ein, die Beziehungen zu unserem Partner zu verbessern. Die Reise diente der Stärkung der Verbindungen zwischen den beiden Staaten. Dieses Ziel wurde erreicht.

Gegenüber hochrangigen Gesprächspartnern – u.a. Vizepräsident Richard Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice – betonte Merkel die Bedeutung vertrauensvoller bilateraler Beziehungen.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ANNETTE SCHAVAN:
Bund kürzt Forschung
und bietet untaugliche
Finanzierung für
Ganztagsschulen an
SEITE 5-6

LAURENZ MEYER:
Weniger statt mehr
Zuwanderung
SEITE 8

KOMMISSION BÜRGERPArTEI:
Klare Wege, klare Ziele
SEITE 10



Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Angela Merkel

Die Politik der Bundesregierung spielte in allen Gesprächen eine zentrale Rolle. Vielfach wurde Unverständnis darüber geäußert, dass der deutsche Bundeskanzler die guten Beziehungen zwischen den USA und Deutschland in den vergangenen Wahlkämpfen aufs Spiel gesetzt habe. Bei ihren Gesprächspartnern habe Frau Dr. Merkel „Irritationen“ hinsichtlich der Verlässlichkeit Deutschlands gespürt. Sie zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass der Schaden im deutsch-amerikanischen Verhältnis be-

hoben werden könne. In allen Konsultationen sei die Bereitschaft zum Ausdruck gekommen, die gegenwärtigen Probleme zu überwinden und in die Zukunft zu schauen.

„Nicht anders reden als zu Hause“

Die Kritik von SPD und Grünen daran, ihre Haltung gegenüber der Irakpolitik der Bundesregierung auch in den USA unmissverständlich zum Ausdruck gebracht zu haben, wies die

Parteivorsitzende zurück. Wörtlich erklärte sie: „Ich kann nicht in Washington anders reden als zu Hause.“ In Deutschland gebe es zwischen den Parteien einen Dissens in der Irakpolitik. Dies dürfe nicht verschwiegen werden. In Deutschland gebe es mit der Union eine starke politische Stimme für den transatlantischen Zusammenhalt. Dies müsse die USA wissen.

Vorstoß für neue Irak-Resolution begrüßt

Die CDU-Vorsitzende begrüßte die amerikanisch-britisch-spanische Initiative für eine neue Irak-Resolution. Die Union habe stets die Meinung vertreten, dass eine „weitere Resolution wünschenswert“ sei, zumal die USA der Beratung des Entwurfs im UN-Sicherheitsrat die nötige Zeit einräumen wollen.

Zugleich betonte Angela Merkel, dass sie bei ihren Gesprächen in Washington sehr dafür geworben habe, dass die Amerikaner in der

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-372, e-mail: uid@edu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Die CDU-Vorsitzende im Meinungsaustausch mit US-Vizepräsident Richard Cheney

Irak-Krise keinen „Alleingang“ unternehmen, sondern dass auch die USA den „UN-Sicherheitsrat als Ort der Entscheidungen sehen“. Eine entsprechend „große Bereitschaft“ ihrer Gesprächspartner habe sie dazu vorgefunden, unterstrich Angela Merkel. Wenn alle Mitglieder im UN-Sicherheitsrat „partnerschaftlich“ und „vertrauensvoll“ zusammenarbeiteten, gebe es noch immer eine Chance, „militärische Aktionen zu vermeiden“.

Internationale demokratische Staatengemeinschaft nicht spalten

Die CDU-Vorsitzende erklärte, die USA setzten alles daran, um für ihre Politik

zu werben und „vor allem die Drohkulisse“ gegenüber dem irakischen Staatschef zu steigern. Dies beinhalte auch, dass alle Versuche Husseins, die internationale demokratische Staatengemeinschaft zu spalten, unterbunden werden müssen. Nur so bestehe noch die Chance, einen Krieg zu verhindern. Es sei allemal besser, Saddam Hussein mit friedlichen Mitteln zu entwaffnen als mit militärischen. Hussein müsse jedoch wissen, dass ihm für die Abrüstung keine unbegrenzte Zeitdauer zur Verfügung stehe.

Weiter erklärte Angela Merkel, die Amerikaner gingen in Bezug auf den Irak von einer „klaren Risikoanalyse“ aus. Dementsprechend würden sie auch die

„Dinge tun, die sie für erforderlich halten, um die Risiken zu minimieren“. Außerdem sagte die Oppositionsführerin, die USA seien nach wie vor an guten Beziehungen zu Europa interessiert. Auch sie habe umgekehrt ihr Interesse an einem „guten Miteinander“ zum Ausdruck gebracht.

Deutschland braucht „Politik der Balance“

In ihren Gesprächen ging Frau Merkel auf die zukünftige Rolle Deutschlands ein. Die CDU werde sich mit aller Kraft dafür einsetzen, Deutschland eine Politik der Balance zu ermöglichen, die einem veränderten Europa Rechnung trage. Gleichmaßen gute Beziehungen zu den transatlantischen Partnern, zu Frankreich und zu Polen müssten das Ziel sein. Dies gebiete schon Deutschlands Geschichte wie auch geografische Situation. „Ohne diese Politik der Balance sei es schwer, ein vereinigtes Europa zu schaffen“, stellte die CDU-Vorsitzende unmissverständlich klar.

<http://>

Weitere
Informationen zu
dem USA-Besuch:
www.cdu.de

Pressestimmen zum USA-Besuch

CDU-Vorsitzende
Sachwalterin
deutscher Interessen



Dass die SPD außenpolitische Grundsatzentscheidungen in Frage stellte, die von unionsgeführten Regierungen getroffen worden waren und die auch heute noch richtig sind, konnten CDU und CSU aber nicht (noch) länger ignorieren.

... Die Oppositionsführerin kann für sich in Anspruch nehmen, das direkte Gespräch zwischen zwei Staaten in Gang zu halten, die sich Verbündete nennen; der Bundeskanzler kann das nicht. Frau Merkel macht in Washington kein Geheimnis daraus, dass ihre Partei näher zu Amerika und dessen Politik steht als der Kanzler. Ansonsten trat die CDU-Vorsitzende jedoch als Sachwalterin deutscher Interessen auf, zu denen auch die rot-grüne Regierung noch den Fortbestand der transatlantischen Allianz und die Einigkeit Europas zählt. Rot-grüner Dank für Frau Merkel wäre wohl zuviel verlangt. Sie als

kriegslüstern und liebedienerisch zu diffamieren, hätte die SPD sich sparen können.

Frankfurter Allgemeine
Zeitung/26. Februar

Gesprächsfaden nicht abreißen lassen

Ausgerechnet SPD-Generalsekretär Scholz warnt Angela Merkel vor 'Peinlichkeiten' und 'Fehlritten' auf ihrer USA-Reise. Er sei daran erinnert, dass nicht die CDU-Chefin aus dem deutsch-amerikanischen Verhältnis einen Scherbenhaufen gemacht hat. Das hat die rot-grüne Regierung, allen voran der Kanzler, ganz allein geschafft. Nicht durch falsche Zielrichtung ihrer Politik, aber durch diplomatisches Ungeschick bei der Umsetzung. Und Angela Merkels Positionen sind auch nicht neu, sondern wa-

ren schon deutlich zu vermeiden im Bundestag und auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Es ist gut, dass die CDU-Chefin – eine Ostdeutsche – den Gesprächsfaden zu Washington nicht abreißen lässt.

Dresdner Neue
Nachrichten/25. Februar

Oppositionsführerin glaubwürdig und sehr diplomatisch

Angela Merkel hat in Washington enttäuscht – jedenfalls diejenigen aus dem rot-grünen Lager, die es gerne gesehen hätten, wenn die Oppositionsführerin in Amerika säbelrasselnd aufgetreten wäre. Das hätte innenpolitisch manchem gut gepasst: eine CDU-Vorsitzende, die auf einen schnellen Krieg gegen Saddam Hussein drängt. Merkel hat genau das nicht getan. Mehr noch: Sie hat

LAURENZ MEYER:

Rot-Grün kann die Wahrheit nicht vertragen

Zur rot-grünen Kritik am USA-Besuch der CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel erklärt CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:

SPD und Grüne können offensichtlich die Wahrheit nicht vertragen. Anscheinend glaubt die SPD, dass die Äußerungen des Bundeskanzlers auf dem Marktplatz in Goslar in den USA nicht verstanden worden seien. Das Gegenteil ist der Fall, und es wäre eigentlich Aufgabe der Regierung, das von Schröder mutwillig zerschlagene Porzellan zu kitten.

Schröders deutscher Alleingang, sein bewusstes Beschädigen der transatlantischen Partnerschaft,

der NATO und der EU sind das Gegenteil einer patriotischen Tat. Der Kanzler hat in der Außenpolitik deutsche Interessen sträflich vernachlässigt und seinem Amtseid zuwider gehandelt. Auch in den weiteren Äußerungen der SPD zeigt sich: Die SPD wechselt wieder einmal Partei- und Staatsinteresse.

Der Besuch von Angela Merkel in den USA zeigt, dass die CDU auch in schweren Zeiten zu den außenpolitischen Leitlinien steht, an denen sich alle deutschen Bundeskanzler von Konrad Adenauer über Willy Brandt und Helmut Schmidt bis zu Helmut Kohl orientiert haben.

Schröder/Fischer auf dieser Reise von Angela Merkel aufbauen können.

B.Z./27. Februar

Nicht jeder ausländische Regierungschef, der sich zu einem 48-Stunden-Blitzbesuch in Washington aufhält, trifft dabei mit dem Vizepräsidenten, dem Verteidigungsmini-

ster, der nationalen Sicherheitsberaterin, dem US-Handelsbeauftragten, einflussreichen Senatoren und dem Vorsitzenden der US-Notenbank zusammen. Wenn die Besucherin die Chefin der Oppositionspartei eines Landes ist, ist eine solche Behandlung noch ungewöhnlicher.
New York Times/26. Februar

ausdrücklich für eine zweite UN-Resolution plädiert. Und sich damit – implizit – gegen einen amerikanischen Alleingang ausgesprochen. Damit blieb die Oppositionsführerin glaubwürdig. Man kann nicht für eine starke UNO sein wie Rot-Grün, aber eine zweite UN-Resolution ablehnen, um sich nicht festlegen zu müssen. Das Wichtigste an der Merkel-Reise war aber ihr Beitrag dazu, das mutwillig beschädigte deutsch-amerikanische Verhältnis wieder zu reparieren. Die Oppositionsführerin hat den Amerikanern auf sehr diplomatische Weise klar gemacht, dass die Deutschen keineswegs wählen wollen zwischen Paris und Washington, dass Deutschland auch in Zukunft beide Partner braucht: Frankreich wie die USA. Die amerikanischen Gastgeber haben für die deutsche Oppositionsführerin hochkarätige Gesprächspartner angeboten. Kein Mitglied der Bundesregierung könnte derzeit in Washington mit einem so 'großen Bahnhof' rechnen. Darüber sollten sich die Regierenden freuen, statt Merkel als amerikanischen Büttel zu diffamieren. Wenn 'nach Irak' Berlin sich wieder um bessere Beziehungen zu Washington bemühen muss, wird die Regierung

Bund kürzt **Forschung** und bietet untaugliche Finanzierung für **Ganztags**schulen an

Die PISA-Ergänzungsstudie hat gezeigt, dass es in Deutschland ein Bildungsgefälle von Nord nach Süd gibt. So liegen etwa die seit langem von der Union regierten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen nicht nur auf den ersten Plätzen in Deutschland, sondern auch im internationalen Vergleich teilweise deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Auf den hintersten nationalen Plätzen rangieren dagegen sozialdemokratisch regierte Länder mit ihren gescheiterten Gesamtschulmodellen.

Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn SPD-Bundbildungsministerin Edelgard Bulmahn das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ als „Bildungsreform“ anpreist. Eine Bildungsreform? Das Programm ist davon weit entfernt. Denn die PISA-Studie hat deutlich gezeigt, dass sich die notwendige Verbesserung der Qualität nicht in erster Linie mit organisatorischen Veränderungen erzielen lässt. Ferner muss aus

Sicht der Länder gesagt werden, dass mit diesem Programm der Bundesregierung künftig der Deutsche Bundestag über Evaluation von Schulen in Deutschland und über einen Bildungsbericht sprechen will. Bildungspolitik ist bisher das Herzstück der Landespolitik gewesen und bildungspolitische Debatten gehörten bisher in die Länderparlamente und nicht in den Deutschen Bundestag. Deshalb ist das, was hier vorgesehen ist, auch eine Schwächung der Landesparlamente. Eine Neuordnung der Bundesländer-Beziehungen in der Bildungspolitik wird es mit der CDU in Bund und Ländern nicht geben und kann auch nicht im Interesse der SPD-geführten Länder sein.

Ganztags

schulen sind keine Zauberformel

Nach PISA gilt es, im Länderwettbewerb die eigenen positiven Ansätze mit kreativen Konzepten zu stärken. Im Zentrum stehen dabei die Sprach- und Leseförderung. Daneben die Verbesserung der Unterrichtskultur und

der Didaktik sowie eine Durchsicht der Bildungsinhalte. Ganztagsangebote und Ganztags

schulen sind eine Möglichkeit, die es pragmatisch und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln gilt. Doch eine Zauberformel sind sie nicht. Ganztagsangebote haben natürlich auch eine sozialpolitische Dimension. Es ist aber wichtig, das Problem der Qualität nicht mit jenem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Kinderbetreuung, zu vermischen. Ein Blick hinüber in unser Nachbarland Frankreich genügt, um die Problematik zu veranschaulichen: Dort laufen im Moment zwei Diskussionen. Die eine Diskussion ist eine bildungspolitische. Der französische Bildungsminister hat in einem Interview in der „Zeit“ diese Diskussion beschrieben. Sie lautet: Erstens schaffen es die Franzosen nicht mehr, trotz „Ecole maternelle“ und trotz Ganztags

schule Kindern in der Grundschule Lesen und Schreiben beizubringen. Zweitens: Die Zahl der Jugendlichen, die in Frankreich ohne Schulabschluss



die Schule verlassen, ist trotz acht Stunden Ganztagschule dramatisch gestiegen. Das ist die bildungspolitische Diskussion. Die frauenpolitische Diskussion in Frankreich besagt: Das Ganztagschulwesen reicht überhaupt nicht aus, um unsere Vereinbarkeitsprobleme zu lösen. Die Ganztagschule darf demnach nicht als einfach aussehende Lösung für familienpolitische Probleme missbraucht werden. Besonders nicht, wenn – wie in NRW geschehen – für ihre Finanzierung gut funktionierende Horte aufgelöst werden.

Unüberschaubare Folgelasten für Länder und Kommunen

Die Bundesbildungsministerin sagte am 13. Februar

in einer Aktuellen Debatte im Deutschen Bundestag, dass mit dem 4-Milliarden-Programm keine neuen Lasten auf die Länder zukommen. Die Realität sieht ganz anders aus: Für Baden-Württemberg bedeutet dies im Einzelnen rund 3 200 zusätzliche Lehrerstellen. Das heißt 163 Millionen € pro Jahr, in fünf Jahren über 800 Millionen € allein für fünf zusätzliche Lehrerstunden. Für einen Zeitraum von zehn Jahren bedeutet das 1,6 Milliarden €, bei nur fünf Lehrerwochenstunden pro Klasse. Dies sind unüberschaubare finanzielle Risiken für die Länder. Darüber hinaus muss geklärt werden, ob Länder oder Kommunen die 10 Prozent Kofinanzierung übernehmen. Sinnvoller wäre es gewesen, den Ländern statt des auf Kosten von Forschungsmitteln, von Mitteln

zur Sprachförderung ausgesiedelter Jugendlicher und lernschwacher Kinder aufgelegten 4-Milliarden-Programmes eine Modifizierung der Umsatzsteuerverteilung dauerhaft zufließen zu lassen. Auf diesem Weg hätte ohne zusätzliche Bürokratie vor Ort entschieden werden können, wie das Schulwesen sinnvoll fortentwickelt werden kann. Über einen sinnvollen Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen kann nicht im fernen Berlin theoretisiert werden. Darüber müssen Lehrerkollegien, Schulträger, Eltern und die hierfür zuständigen Länder jeweils bedarfsgerecht befinden. Außerdem darf eine reich gewachsene Ehrenamtskultur wie sie in vielen Bundesländern existiert, nicht dem Diktat von Berlin zum Opfer fallen.

Weniger statt mehr **Zuwanderung**

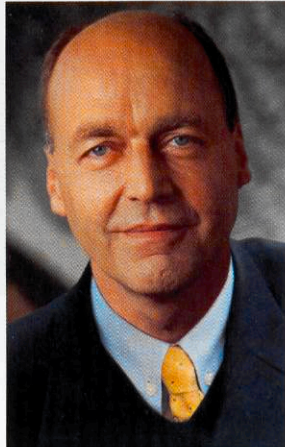
Das Bundesverfassungsgericht hat der Regierung unmissverständlich ins Stammbuch geschrieben: Ihr Versuch, das Zuwanderungsgesetz ohne wirkliche Mehrheit durch den Bundesrat zu peitschen, war verfassungswidrig.

Karlsruhe hat diesen Versuch – und damit auch das Gesetz selbst – gestoppt. Und das ist gut so. Denn nun ist der Weg frei für eine Lösung im Interesse Deutschlands.

Dass die Bundesregierung ihr Gesetz trotzdem in völlig unveränderter Form noch einmal in den Bundesrat einbrachte, war eine Provokation. Aber taktische Spielchen helfen jetzt nicht weiter. Wenn Rot-Grün konstruktiv mitarbeitet, können wir die notwendigen Änderungen schnell umsetzen.

Ein Konsens mit der Union ist möglich – wenn Rot-Grün bereit ist, sich nicht nur auf uns, sondern auf die Mehrheit der Bürger in Deutschland zuzubewegen. Denn dass es um eher weniger denn um mehr Zuwanderung gehen muss, ist den Allermeisten klar – bis weit in die SPD hinein.

Deutschland braucht ein ehrliches Zuwanderungsge-



setz, mit dem wir die Zuwanderung im deutschen Interesse steuern und begrenzen können. Ein Gesetz, das den Begriff der „Begrenzung“ zwar im Titel führt, tatsächlich aber neue Zuwanderungsmöglichkeiten eröffnet, ist mit der Union nicht zu machen. Das muss Schily wissen.

Worum geht es aus Sicht der CDU genau? Für uns gibt es vier Kriterien, die ein Zuwanderungsgesetz erfüllen muss.

Eines habe ich schon genannt: Wo Begrenzung drauf steht, muss auch Begrenzung drin sein. Es darf keine Zuwanderung in unsere ohnehin stark belasteten Sozialsysteme mehr geben.

Zweitens: Ja zum Asyl – so wie es die Genfer Flüchtlingskonvention beschreibt. Asylmissbrauch muss konsequent bekämpft werden.

Drittens brauchen wir ein Gesetz, das Integration fordert und fördert – auch mit Blick auf Ausländer, die schon bei uns leben. Auch das ist eine Lehre von PISA.

Und schließlich **viertens:** Angesichts von 4,6 Millionen Arbeitslosen brauchen wir im Moment auch keine Zuwanderung in den normalen Arbeitsmarkt. Dagegen muß es für unsere Wirtschaft leicht möglich sein, hochqualifizierte Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen. Hier liegt mehr Zuwanderung in unser aller Interesse.

Gleichwohl hat der geringe Erfolg von Schröders „Green Card“ gezeigt, dass gesuchte Spezialisten ausbleiben, wenn sie in Deutschland höhere Steuern und Abgaben bezahlen, aber für ihre Kinder schlechtere Schulen hinnehmen müssen als anderswo. Kurzum: Wir brauchen nicht allein ein besseres Zuwanderungsgesetz – wir brauchen eine bessere Regierung.

*Gastbeitrag im
Offenburger Tageblatt*

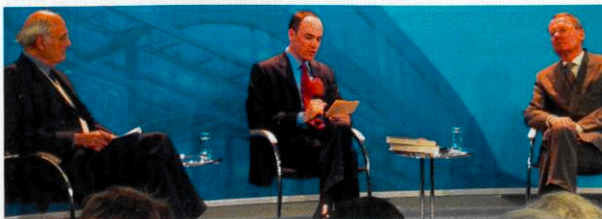
Friede den Hütten, Krieg den Palästen?

Mit den Berliner Gesprächen nimmt die CDU eine Tradition wieder auf. Das Konrad-Adenauer-Haus soll ein Ort sein, an dem Zukunftsfragen diskutiert und Zukunftsstrategien formuliert werden. Den Auftakt bildete ein Gespräch zum Thema Globalisierung.

Wo steht die Globalisierung heute? Welche Lösungsansätze brauchen wir auf dem Weg zu einer gerechten Globalisierung? Und schließlich: Was bedeutet die Globalisierung für Deutschland?

Drei spannende Fragen, auf die der Chefredakteur der Financial Times Deutschland, Christoph Keese, zusammen mit dem Präsidenten der Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, Hans-Olaf Henkel, und Elmar Altvater, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, eine Antwort zu geben suchten.

Dass die CDU dabei auf eine offene Diskussion „ohne Scheuklappen“ Wert legte, betonte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer in seinem Begrüßungsstatement. Zugleich rief er dazu auf, die Globalisierung ernst



Christoph Keese (M) im Gespräch mit Hans-Olaf Henkel (r) und Elmar Altvater

zu nehmen: Denn „wir sind Teil einer vernetzten Welt“, in der selbst erfolgreiche Industrienationen ihren Platz immer wieder neu erringen und absichern müssten.

Während des Streitgesprächs erwies sich Hans-Olaf Henkel als vehementer Befürworter der Globalisierung. Der Präsident der Leibniz-Gesellschaft vertrat dabei die These, dass im Zuge der „wirtschaftlichen Globalisierung“ auch eine „Globalisierung der Werte“ stattfinde. In diesem Zusammenhang verwies Henkel auf sein „sympathisches Dreieck“: Danach ist ein dem Wettbewerbsgedanken verpflichtetes marktwirtschaftliches System nur in Demokratien denkbar, die wiederum auf die Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet sind. So betrachtet sei die Globalisierung etwas „Wunderbares für die Menschheit“. Demgegenüber wies Professor Alt-

vater auf die Spaltung in Globalisierungsgewinner und -verlierer hin, wobei letztere vorwiegend in den Ländern der so genannten 3. Welt zu Hause seien. Nachdrücklich plädierte er deshalb für die Abschaffung von Missständen und einen Abbau der zunehmenden Ungleichheit auf der Welt.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel zog ein Fazit: Sie merkte an, dass sich in dem Protest der Globalisierungsgegner und -kritiker vor allem auch die Angst vor den Unsicherheiten der Zukunft widerspiegle. Deshalb müsse ein nicht geringer Teil der politischen Arbeit darin bestehen, den Menschen zu erklären, was vor sich gehe. In diesem Zusammenhang rief die CDU-Vorsitzende dazu auf, sich mit Pioniergeist den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen, anstatt nur auf die Risiken zu schauen.

Klare Ziele, Neue Wege

Der Bundesvorstand hat zur Verbesserung der politischen Arbeit der CDU Deutschlands eine Kommission Bürgerpartei unter Leitung des Generalsekretärs eingesetzt. Am 4. und 5. März wird diese Kommission zu einer Klausurtagung zusammenkommen.

Als Arbeitsauftrag hat der Bundesvorstand u.a. beschlossen:

„Auf dem Weg von der Industrie- zur Wissensgesellschaft erleben wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen rasanten Wandel unserer Gesellschaft. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch an der Art und Weise, wie Menschen heute bereit sind, Bindungen dauerhaft einzugehen; es zeigt sich gleichermaßen an den sich gegenüber früher veränderten Kommunikationsmöglichkeiten. Alle Organisationen, auch die politischen Parteien, stehen vor der Herausforderung, aus diesen Veränderungen Schlüsse für ihre eigene Arbeit zu ziehen. Die CDU tut dies auf der Grundlage ihres Menschenbildes und ihrer wertebundenen Grundsätze.

Ziel ist es, Brücken des Dialoges in alle Gruppen der

Gesellschaft hinein zu bauen, um eine gültige Politik aus der Mitte der Gesellschaft heraus formulieren zu können.

Der Bundesvorstand erwartet von der Kommission einen Bericht, der in einem umfassenden, über Satzungsfragen hinausgehenden Ansatz die vielschichtigen Dimensionen politischer Arbeit untersucht und Wege und Strategien zur Optimierung beschreibt.“

Folgende Themen stehen bei der Beratung der Kommission im Vordergrund:

- Attraktivität der Mitgliedschaft unter Berücksichtigung neuer Formen der Mit- und Parteiarbeit
- Professionalisierung der Parteiarbeit, Stärkung des Ehrenamtes, Optimierung der Organisationskraft
- Moderne Kommunikation, Dienstleistung und Bürgerbeziehungsmanagement
- Veränderte Lebenswelten und neue gesellschaftliche Trends, Modernisierung der Programmatik, des öffentlichen Auftretens und der personellen Repräsentanz
- Verbesserung der Organi-

sationskraft in den neuen Bundesländern.

Die Kommission wurde durch den Bundesvorstand beauftragt, bis Ende Mai 2003 einen Bericht vorzulegen und dazu Analysen und Vorschläge aus Partei und Wissenschaft zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieses Berichtes wird der Bundesvorstand einen Antrag an den 17. Parteitag im Herbst 2003 vorlegen. Auch, um den antragsberechtigten Gliederungen ausreichend Gelegenheit zu geben, den Antrag des Bundesvorstandes zu beraten, werden im Vorfeld des Parteitages Regionalkonferenzen durchgeführt.

Zu der Arbeit der Kommission erklärte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer: „Ich möchte alle Mitglieder herzlich einladen, sich an den Diskussionen zu beteiligen. Daher haben wir im Mitgliedernetz der CDU unter www.cdu.de schon jetzt eine Diskussionsplattform eingerichtet. Sie haben dort Gelegenheit, Ihre Vorschläge zu verbreiten und mit anderen Mitgliedern darüber zu diskutieren. Ich freue mich auf Ihre Beiträge und auf Ihre kreativen Ideen.“

MICHAEL MEISTER:

Statt 6 Mrd. Euro-Konjunktur- programm Steu- ervergünstigungs- abbaugesetz zurückziehen



**Zu den an-
geblichen
Plänen
von Rot-
Grün für
ein 6 Mrd.
€ schwe-
res Kon-**

**junkturprogramm erklärt
der finanzpolitische Spre-
cher der CDU/CSU-Bun-
destagsfraktion:**

Es mutet wie ein Treppenwitz an, wenn Rot-Grün nun offenbar beabsichtigt, mit einem Konjunkturprogramm der Wirtschaft 6 Mrd. € zugute kommen zu lassen, nachdem Bürgern und Unternehmen mit dem im Bundestag am 21. Februar 2003 verabschiedeten, so genannten Steuervergünstigungsabbaugesetz allein im Entstehungsjahr gut 15,6 Mrd. € an Kaufkraft entzogen werden sollen.

Ich fordere die Koalition stattdessen auf, endlich das so genannte Steuervergünstigungsabbaugesetz komplett zurück zu ziehen. Dies ist jederzeit möglich, zumal

die Bundesländer bereits mehrheitlich ihre Ablehnung des zustimmungspflichtigen Gesetzes deutlich gemacht haben.

Eine Rücknahme des Steuervergünstigungsabbaugesetzes wäre das beste Mittel, um Wachstum und Beschäftigung in Deutschland nicht weiter zu beeinträchtigen. Die bekannt gewordenen Eckpunkte des möglichen Konjunkturprogramms sind unausgegoren und zum Teil nur Etikettenschwindel. Insoweit sich Infrastrukturhilfen auf Kreditprogramme beziehen sind sie keine echte Hilfe für die Kommunen. Die Zinsen sind schon heute niedrig, die Kommunen haben bereits jetzt viel zu hohe Schulden.

Bereits zweimal hat Rot-Grün im Bundestag den Vorschlag der Union abgelehnt, den Kommunen in 2003 eine unmittelbare, sofort wirkende Hilfe in Höhe von knapp 2,3 Mrd. € allein im Jahr 2003 zur Verfügung zu stellen. Durch eine sofortige Senkung der Gewerbesteuerumlage würde die Investitionskraft der Kommunen direkt gestärkt. Die rot-grüne Koalition hat durch die Ablehnung dieses Vorschlags deutlich gemacht, dass ihr derzeit für eine echte Hilfe an die Kommunen die Kraft fehlt.

KARL-JOSEF LAUMANN:

Schröders neuester Bluff



**Zu den
Ankün-
digungen
in den
Medien,
dass Bun-
deskanz-**

ler Schröder am 14. März 2003 ein großes Reformpaket unter anderem zum Arbeitsmarkt im Bundestag vorstellen wolle, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Versuchsbällons haben wir in den letzten Monaten viele erlebt; hier war vor allem Bundesarbeitsminister Clement sehr eifrig. Keine dieser Ankündigungen hat aber bisher in einem konkreten Gesetzesvorschlag im Parlament ihren Niederschlag gefunden. Auch Bundeskanzler Schröder hat nicht angekündigt, ein Reformpaket vorlegen zu wollen, sondern nur, dass er eine Rede halten wolle. Aber Reden kann man nicht als Gesetze beschließen und Reden schaffen keine Beschäftigung und kein Wachstum.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich auf einige sehr konkrete Eck-

punkte beispielsweise zum Kündigungsschutz und zu den betrieblichen Bündnissen für Arbeit geeinigt und wird diese Vorschläge in den nächsten Wochen in Form von konkreten Anträgen im Deutschen Bundestag einbringen. Wir haben auch schon im Sommer 2001 die Grundzüge für eine Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe beschlossen, die viele der Punkte aufführt, über die die Regierung jetzt erst anfängt zu diskutieren.

Ich bin sehr gespannt, ob diese Regierung ihren Worten nun doch Taten folgen lassen wird, daran glauben kann ich allerdings nicht.

KATHERINA REICHE
HELMUT HEIDRICH:

Bio- und Gentechnologie in Deutschland benötigt einen zuverlässigen Rahmen

Zur Vorlage des Antrags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Weiterentwicklung einer Biotechnologiestrategie für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland“ erklären die forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



und der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bio- und Gentechnologie:

Die Biotechnologiepolitik der rot-grünen Bundesregierung hat deutliche Schwächen und ist inkonsistent. Weite Bereiche der Biotechnologie befinden sich inzwischen in einer Phase der Stagnation, zum Teil bis zur Existenzgefährdung. Wichtige Querschnitts- und Schlüsselfelder, wie die Bioinformatik, kommen zu kurz. Die grüne Gentechnik wird aus ideologischen Gründen ausgebremst. In der Forschungsförderung fehlt die Planungssicherheit. Den Biotechnologieunternehmen fehlen finanzielle Mittel.

Es gibt kein wirtschaftliches Rahmenkonzept, das den seit Mitte der 90er Jahre in einer großen Zahl gegründeten Biotechnologieunternehmen eine stetige und gesunde Entwicklung ermöglicht. Es gibt nur punktuelle Maßnahmen der Nachwuchsförderung, aber kein abgestimmtes nationales Konzept. Ebenso ist die Fra-

ge des Umgangs mit den rasant steigenden Möglichkeiten der Gendiagnostik rechtlich nicht geregelt. Um den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, muss die nationale Biotechnologiestrategie ergänzt und weiterentwickelt werden.

Im Bereich der grünen Gentechnik blockiert die rot-grüne Bundesregierung. Wo Entwicklungsperspektiven gefragt sind, werden diese aus ideologischen Gründen nicht weiterverfolgt. Es muss Schluss sein mit der Vernachlässigung der grünen Biotechnologie. Umso dringender braucht die moderne Bio- und Gentechnologie in Deutschland einen verlässlichen Rahmen, der einen ethisch vertretbaren Fortschritt ermöglicht.

Die Biowissenschaften bieten die Chance, zur Lösung zahlreicher globaler Probleme im Zusammenhang mit Gesundheit, Alter, Ernährung und Umwelt sowie nachhaltiger Entwicklung beizutragen. Die Bio- und Gentechnologie ist eine Leittechnologie der nächsten Jahrzehnte.

<http://>

Weitere Informationen
über den Antrag:
www.cducsu.de

ABSCHLUSS DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Neuanfang für Niedersachsen

Nach Beendigung der CDU/FDP-Koalitionsverhandlungen erklärte der designierte Ministerpräsident Christian Wulff:

„Das Signal, das von diesem Tag ausgehen soll, ist das eines politischen Neuanfangs für Niedersachsen. Niedersachsen soll ein attrakti-



ver Standort werden, an dem es Wachstum für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze gibt, Schulen eine erstklassige Ausbildung und ein volles Unterrichtsangebot bieten und wo die Menschen in den Ballungsräumen wie im ländlichen Raum sicher leben können. Die CDU will, dass es in Niedersachsen wieder aufwärts geht. Verlässlichkeit und Sparsamkeit sollen wieder zu Handlungsmaximen der Politik werden.“

WOLFGANG SCHÄUBLE
CHRISTIAN SCHMIDT:

Bundeswehr in einem geänderten sicherheitspolitischen Umfeld



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion haben ein Papier zur Sicherheitspolitik Deutschlands vorgestellt. Unter dem Titel „Bundeswehr in einem geänderten sicher-

heitspolitischen Umfeld“ analysiert die Union die aktuelle sicherheitspolitische Lage und macht Vorschläge zu einer zukünftigen und langfristigen Sicherheitspolitik.

Das Papier enthält Vorschläge für neue verteidigungspolitische Richtlinien, die der Verteidigungsminister bislang nicht vorgelegt hatte. Mit Sorge betrachte die Union, dass die Kassenlage die Rahmenbedingungen für die Bundeswehr vorgebe und die Aufgabe und der Auftrag der Bundeswehr nicht im Mittelpunkt stehe.

Zukünftig müsse die Bundeswehr zum Teil erhebliche Kräfte für multilaterale Einsätze bereitstellen. Nur wenn Deutschland seine Verpflichtungen bei

der Bereitstellung militärischer Fähigkeiten erfüllt, leistet es einen seiner Bedeutung und Rolle angemessenen Beitrag für die europäische Sicherheit, heißt es in dem Papier, das auch mit den Europapolitikern der Unionsfraktion abgestimmt worden ist. Die Europäische Eingreiftruppe sollte ihre Fähigkeiten und Ausrüstung in einem Maße optimieren, dass sie auch als europäischer Teil der NATO Response Force eingesetzt werden kann.

Die Landesverteidigung sei weiterhin eine wichtige Aufgabe, sie habe sich jedoch in Form und Inhalt geändert. Die Heimatverteidigung müsse als feste Größe im Bewusstsein der Bürger verankert werden. Der Netzwerkcharakter der



CDU Landesvorsitzender, Ministerpräsident Roland Koch stellt die neue Landesregierung vor:

von links: Finanzminister Karlheinz Weimar, Umwelt- und Landwirtschaftsminister Wilhelm Dietzel, Minister in der Staatskanzlei mit der Aufgabe Bundes- und Europaangelegenheiten Jochen Riebel, Sozialministerin Silke Lautenschläger, Minister in der Staatskanzlei mit der Aufgabe des Chefs der Staatskanzlei Stefan Grüttner, Ministerpräsident Roland Koch, Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel, Wissenschaftsminister Udo Corts, Kultusministerin Karin Wolff, Innenminister Volker Bouffier und Justizminister Dr. Christean Wagner.

Terrorstrukturen, ihre oftmals diffuse Motivlage führten zu einer Bedrohung, die paradoxerweise die Gefahrenwahrnehmung in Deutschland eher reduzierte als steigerte.

Die asymmetrische Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus habe die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verwischen lassen, darauf müsse sich Deutschland einstellen. Daher fordert die

Union ein Gesamtverteidigungskonzept, bei dem Kräfte und Mittel der inneren und äußeren Sicherheit eng miteinander verzahnt werden. Die Union erneuerte ihre Forderung, in besonderen Gefährdungslagen die Bundeswehr im Inneren einzusetzen, wenn ihre spezifischen Fähigkeiten benötigt würden. Die Union befürwortet eine Änderung des Grundgesetzes, um diese Einsätze auf eine sichere

Rechtsgrundlage zu stellen. Für diese Heimatverteidigung will die Union an der Wehrpflicht festhalten, sagte Schmidt.

In dem Papier wird außerdem ein Bundeswehr-Entsendegesetz gefordert, um deutsche Soldaten im Rahmen von schnellen Einsatzverbänden der NATO oder der EU ohne das Zeitraubende parlamentarische Verfahren ins Ausland schicken zu können.

Landesvorsitzender Manfred Carstens im Amt bestätigt

Auf dem Landesparteitag des CDU-Landesverbandes Oldenburg am 25. Januar 2003 in Wildeshausen wurde Landesvorsitzender Manfred Carstens, MdB, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, mit überwältigender Mehrheit zum Landesvorsitzenden wiedergewählt.

Zu seinen Stellvertretern wurden Barbara Woltmann, Björn Thümler, MdL, und Friedhelm Biestmann, MdL, gewählt. Landesschatzmeister wurde wiederum der ehemalige Landtagsabgeordnete Josef Dierkes.



Von links: Schatzmeister Josef Dierkes, stellv. Landesvorsitzender Friedhelm Biestmann MdL, Landesvorsitzender Manfred Carstens MdB, stellv. Landesvorsitzende Barbara Woltmann, stellv. Landesvorsitzender Björn Thümler MdL

Weitere Mitglieder des Landesvorstands sind:

Dr. Uwe Biester, MdL, als Justiziar sowie als Beisitzer:
Jörg Brunßen, Rita von Döllen-Mokros, Mathilde

Ehlers, Marlies Enneking, Hans Eveslage, Elisabeth Hemmen, Johann Hinrichs, Hans-Heinrich Hubmann, Gerhard Meyer, Jens Nacke und Ute Scheele.

Angela Merkel „Frauenpersönlichkeit des Jahres 2002“

Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel wurde durch den „Förderkreis politische Rhetorik“ als „Frauenpersönlichkeit des Jahres 2002“ ausgezeichnet. Mitbegründer Peter H. Ditko würdigte ihre Durchsetzungskraft, Flexibilität und politische Rhetorik. Merkel beklagte anlässlich der Ehrung, dass die Streitkultur in Deutschland verbesserungswürdig sei. Dies gelte insbesondere in Talkshows. Angela Merkels Fazit: „Rhetorik entsteht in erster Linie aus dem Spiel der Worte: Wort machen, Wort halten, Wort finden, Preis kriegen!“



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Für Veranstaltungen/Pressegespräche/Empfänge NEU – plastische Buchstaben „CDU“ –



Material aus extrudiertem Hartschaum (Styropor) / schwer entflammbar,
umseitig matt lackiert, auf Wunsch Front und Rückseite aus durchgefärbtem PVC.
Jede Größe auf Wunsch lieferbar.

Preisbeispiele: 0,70 m Höhe, Gesamtbreite ca. 2,45 m, Tiefe 25,0 cm ab **350,00 €**
1,60 m Höhe, Gesamtbreite ca. 6,00 m, Tiefe 30,0 cm ab **790,00 €**
3,00 m Höhe, Gesamtbreite ca. 11,00 m, Tiefe 50,0 cm ab **2.450,00 €**

Lieferzeit 5–10 Arbeitstage.

Alle Preise zzgl. Transport und Verpackung, sowie der gesetzlich gültigen MwSt.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer: 030-22070-381
oder per e-mail: yvonne.herrmann@cdu.de